

GEMEINSAM  
GEGEN RECHTE  
HETZE



## UNSERE ANTWORT HEIßT SOLIDARITÄT

*Die GEW ruft dazu auf, für Menschenrechte, Demokratie und Frieden in Europa einzustehen und gegen rechte Hetze sowie jegliche Form von Diskriminierung aktiv zu werden.*

Rechtsextreme und -populistische Bewegungen haben weltweit Zulauf. Sie schüren Hass gegen Minderheiten und Andersdenkende, erzeugen ein Klima der Angst und verbreiten Desinformationen. Rassistische Hetze und Gewalt sind bitterer Alltag, gesellschaftliche Diskurse verrohen und rücken nach rechts: Auf der Straße, in den Sozialen Medien und in der Politik.

In Deutschland ist die AfD in fast allen Landesparlamenten und im Bundestag vertreten. Menschen- und demokratiefeindliche Positionen sowie völkische Parolen werden wieder salonfähig, rechtsmotivierte Gewalttaten nehmen stetig zu und bedrohen das friedliche Zusammenleben in Europa.

Es ist höchste Zeit, laut zu widersprechen und gegenüber menschenverachtenden Worten und Taten klar Position zu beziehen!

Autoritären Tendenzen, Ideologien der Ungleichwertigkeit, sozialen Ausgrenzungen sowie einer Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken ist Aufgabe aller demokratischen Kräfte. Wir rufen unsere Mitglieder und Kolleg\*innen auf, gegen rechte Hetze und jegliche Form von Diskriminierung aktiv zu werden und sich mit den Betroffenen zu solidarisieren!

Wir stehen für eine offene, inklusive und solidarische Gesellschaft, in der Menschenrechte unteilbar und vielfältige Lebensentwürfe selbstverständlich sind.

## Neue Rechte will bildungspolitischen Roll-Back und nimmt Lehrkräfte ins Visier

Auch im Bildungswesen will die Neue Rechte Einfluss gewinnen und einen Roll-Back im Sinne ihrer nationalistischen und reaktionären Programmatik erreichen. Ein sozial gerechtes Bildungssystem, eine Pädagogik der Vielfalt und emanzipatorische Bildung sind ihr ein Dorn im Auge. Die AfD polemisiert gegen Inklusion und Sexuaufklärung und fordert mehr Leistungsorientierung, Elitenförderung sowie Privilegien für ‚Einheimische‘. Sie greift Projekte zur Demokratiebildung an und nimmt zudem verstärkt Lehrende an Schulen und Hochschulen ins Visier, die sich kritisch mit der Partei und ihrem rechtsextremen Gedankengut auseinandersetzen.

### Aber: Wir lassen uns nicht einschüchtern!

Die GEW weist Einschüchterungen und Aufrufe zur Denunziation von Lehrkräften entschieden zurück. Um Kritik an ihren Ansichten zu verhindern, instrumentalisiert die AfD das staatliche Neutralitätsgebot und verbreitet den Mythos, Lehrkräfte müssten politisch neutral sein. Sie versucht, zentrale didaktische Prinzipien der politischen Bildung wie den Beutelsbacher Konsens (siehe Infokasten) für ihre Zwecke umzudeuten. Sie missachtet den gesetzlich verankerten Bildungsauftrag, der Pädagog\*innen dazu verpflichtet, Kinder und Jugendliche keineswegs wertneutral, sondern auf Basis demokratischer Grundwerte und -rechte in ihrer Entwicklung zu mündigen Bürger\*innen zu begleiten. Es ist die Aufgabe von Lehrkräften, Schüler\*innen demokratische Werte und Haltungen zu vermitteln, die sich aus Grund- und Menschenrechten ableiten lassen. Mithin müssen sie verfassungswidrige Entwicklungen thematisieren sowie diskriminierende Einstellungen und Handlungen ächten.

### Haltung zeigen – Demokratie und Menschenrechte stärken

Die GEW tritt für Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit sowie unveräußerliche Menschenrechte ein. Sie bekennt sich zu den Grundwerten und verfassungsrechtlichen Prinzipien des Grundgesetzes sowie den UN-Menschenrechtsabkommen.

Der **Beutelsbacher Konsens** ist eine in den 1970er Jahren formulierte Richtschnur für politische Bildung. Er umfasst drei Grundsätze:

- Überwältigungsverbot (keine Indoktrination),
- Kontroversitätsgebot (Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen),
- Schülerorientierung (Schüler\*innen müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren).

Eine wichtige Leitlinie ist der Berufsethos der Bildungs-internationale, der die Beschäftigten im Bildungs- und Erziehungsbereich unter anderem dazu auffordert, alle Formen von Rassismus, Vorurteilen und Diskriminierung im Bildungswesen zu bekämpfen. Die GEW steht ebenso für Gleichberechtigung aller Geschlechter, ein friedliches Miteinander der Religionen, soziale Rechte und Gerechtigkeit, Umweltschutz, Nachhaltigkeit, ein demokratisches und soziales Europa, Frieden sowie eine solidarische und inklusive Gesellschaft.

Den Positionen und Zielen der GEW steht die AfD ebenso wie diverse andere rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen der extremen Rechten diametral entgegen. Wer mit gezielten Provokationen die Grenzen des Sagbaren verschiebt, wer rassistische, sexistische, frauen- und queerfeindliche Einstellungen oder Geschichtsrevisionismus befördert und in der gesellschaftlichen Mitte zu verankern sucht, überschreitet eine rote Linie und muss mit Gegenwehr rechnen.

Dementsprechend ermutigt die GEW alle Beschäftigten im Bildungswesen, Haltung zu zeigen und sich für Demokratie und Menschenrechte zu engagieren. Rechtspopulismus und -extremismus sowie verschiedene Ideologien der Ungleichwertigkeit sind nicht nur eine Herausforderung für die politische Bildungsarbeit. Ebenso notwendig ist, dass pädagogische Fach- und Lehrkräfte sowie Wissenschaftler\*innen als Teil der Zivilgesellschaft aktiv werden, sich deutlich gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit positionieren und mit ihrer Stimme an Demonstrationen beteiligen.

### Mit der GEW gemeinsam gegen rechte Hetze

Es ist nicht immer einfach, sich offen und kritisch mit rechten Positionen auseinanderzusetzen: Manchmal sind die Reaktionen von Schüler\*innen, Studierenden, Kolleg\*innen, Eltern, dem sozialen Umfeld schwer einzuschätzen, sodass Mut und Argumente fehlen, Stellung zu beziehen. Aber gerade dann, wenn im Alltag Stammtischparolen oder Hasskommentare im Netz kursieren, ist es umso wichtiger, diesen mit einer klaren Haltung zu begegnen und Solidarität mit den Betroffenen rechter Hetze zu zeigen!

Die GEW steht allen Kolleg\*innen bei der anspruchsvollen Aufgabe, die selbstbestimmte politische Meinungsbildung und demokratische Teilhabe junger Menschen zu fördern, mit Rat und Tat zur Seite. Zugleich unterstützt sie ihre Mitglieder, sich aktiv für eine offene, solidarische und vielfältige Gesellschaft einzusetzen – im Privaten, in der beruflichen Praxis oder auf öffentlichen Veranstaltungen in größeren Bündnissen. Es gibt viele Möglichkeiten, Courage zu zeigen und mit der GEW aktiv zu werden.

### Gemeinsam gegen rechte Hetze – unsere Antwort heißt Solidarität!



[kurz.gew.app/gegen-rechts](https://kurz.gew.app/gegen-rechts)